heute „WELT-SPIEGEL“ **Morgen-Ausgabe** *mit* „WELT-SPIEGEL“ 20 Pfg.

Erscheint wöchentl. 12mal mit illustr. Sportblatt, Illustr. Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „TON und BILD“, „Photo-Spiegel“, „Ulk“, „Haus Hof Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“. Bezugspreis: wöchtl. 1.20, monatl. 5 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau im voraus zahlbar, durch die Post 5 RM monatl. inkl. 96 ₰ Postgebühr exkl. Zustellung. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entgangenen Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW 100, Rudolf Mosse-Haus und den nebenstehend aufgeführten Filialen (Fernspr.: Dönhoff 3440 3457, für d. Fernverkehr 4207—4209) Telegr.-Adr.: „Berlibla“ Berlin. Rudolf Mosse-Code, Postscheckkonto Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gesp. Zeile 1,30 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: **Theodor Wolff** in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW 100, Rudolf Mosse-Haus, Jerusalemer Strasse 46—49. Filialen: Badstr. 61, Blücherstr. 09, Fennstr. 1, Fidicinstr. 9, Frankfurter Allee 286 u. 346, Greifswalder Str. 197, Grosse Frankfurter Str. 89, Kochhannstr. 9, Königstr. 19, Köpenicker Str. 67/68, Moritzplatz, Müllerstr. 135, Potsdamer Str. 39, Rathenower Str. 9, Rheinsberger Str. 79, Rosenthaler Str. 48, Schiffbauerdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turmstr. 61, Wiener Str. 1-5, Zimmerstr. 59; Charlottenburg: Kaiserdamm 20, Kantstr. 34, Nürnberger Str. 25/26, Scharrenstr. 39, Tauentzienstr. 2; Cöpenick: Schlossstr. 1, Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Lehniner Platz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93/94, Kaiser-Friedrich-Str. 243, Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schlossstr. 33; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Graetzstr. 61; Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz), Wilmersdorf: Hohenzollerndamm 156, Kaiserplatz 13, Uhlandstr. 88. In der Provinz Brandenburg a. d. Havel: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 5; Frankfurt a. d. Oder: Regierungstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mönchenstr. 3L.

Druck und Verlag: **Rudolf Mosse** in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

59. Jahrgang * Nr. 116 — Sonntag, 9. März 1930

RÜCKBLICK auf MOSKAU.

Der Deutsche mit der Sowjet-Plombe. — Zwangssozialisierung in Stadt und Land. — Der Kollaps der Kollektivbetriebe. — Rykow und die Religionsverfolgung. — Sieben Jahre Rapallo-Losung.

Von

PAUL SCHEFFER.

Paul Scheffer, dem die Sowjet-Regierung den längeren Aufenthalt in Moskau und damit die weitere Berichterstattung für das „Berliner Tageblatt“ unmöglich gemacht hat, ist in diesem Augenblick unterwegs nach Amerika, wo er zunächst von Washington aus als unser Korrespondent tätig sein wird. In dem „Rückblick auf Moskau“, den wir hier veröffentlichen, fasst er seine Gedanken über den gegenwärtigen Stand der Dinge in Sowjet-Russland zusammen, nachdem er viele Jahre hindurch dort an Ort und Stelle die verschiedenen Phasen des bolschewistischen Experiments mit der denkbar möglichsten Objektivität beobachtet und dargestellt hat. In einem zweiten Artikel wird er die verschiedenen Prognosen, die sich aus dieser Lage immerhin ableiten lassen, zu beleuchten versuchen.

Die Redaktion.

Leute, aus Moskau zurückkehrend, versichern: „Moskau heute und wie es noch vor drei Monaten war, das lässt sich gar nicht vergleichen.“ Vielleicht fragt der Naive noch: „So viel besser?“ Aber leider ist es um so viel schlechter geworden. Ein wenig Anschauung davon lieferte mir ein Herr, gerade von dort eingetroffen, der mir eine Sowjetplombe wies; er krempelte seine Weste auf und zeigte sie am Hosenrand. Dies sei das Denkmal der letzten Steuerforderung, mit der er nach so vielen anderen von den Sowjets beglückt worden sei. Dieser Herr befand sich nun ausserhalb ihres Zugriffs, weil er Deutscher ist. Seinen Laden in einer der Hauptstrassen der Sowjetkapitale, der einige Jahre ganz gut ging, hatte man ihm schon abgesteuert. Aber nun erschien der Finanzinspektor wieder in seiner Privatwohnung mit den jetzt allgemein üblichen Forderungen auf Nachbezahlung „rückständiger“ Steuern, und, ich glaube, auch auf eine Vorbezahlung. Zugleich versiegelte er, weil er es offenbar für selbstverständlich hielt, dass der deutsche „Nepmann“ so wenig zahlen könne wie die Russen in gleicher Lage, alles, was über den strikt proletarischen Lebensbedarf hinausging, und daher eben den Sonntagspantalon. Zwei Vertreter der jetzt so tätigen „Arbeiterbrigaden“ oder Stosstrupps, die die Partei den Sowjetfinanzämtern beigesellt hat, um sie vom Klassenstandpunkt aus zu kontrollieren, standen ernst und höflich dabei, denn es handelte sich schliesslich um einen Ausländer. Sie gehörten nicht zu den Abteilungen junger Generation, die diese Kontrollen aktiv und auf eigene Faust durchführen und der G. P. U. viel Kummer bereiten, weil sie eine Konkurrenz zu ihr darstellen, aber von zweifelhafter Disziplin. Der Deutsche konnte sich damit trösten, dass jetzt überall in Moskau diese Beschlagnahmen von „Nepgut“ mittels unerfüllbaren Steuerzettels vorgenommen werden. Es werden solche absichtlich ruinanten Steuerzettel sogar auf Unternehmen ausgeschrieben, die schon 1925 und noch früher überhaupt aufgehört haben zu bestehen.

Dieser Deutsche hatte sein Geschäft angefangen auf Grund der Wiederherstellung des Privatbesitzes und der privaten Handelsfreiheit durch die Erklärung der „Nep“, der „Neuen Wirtschaftspolitik“, die Lenin 1921 verkündigte. Seit einigen Jahren schon waren ihm Steuern widerfahren, die stark nach Konfiskation aussahen. Aber er glaubte an den Rückschlag des Pendels, wie es fast die ganze Welt durch sieben Jahre tat: die traditionellen Begriffe von gesundem Menschenverstand mussten sich auch bei dieser bolschewistisch verfassten Regierung durchsetzen. War nicht schliesslich „Nep“ rechtens? Und gab es nicht, für ihn, den Deutschen, den Rapallo-Vertrag, der der „Nep“ gefolgt war?

Die Arbeiterbrigadiers nebst dem Finanzinspektor demonstrierten diesen allen Diplomaten, Wirtschaftsführern und anderen klugen Männern, wie zum Beispiel auch Professoren so selbstverständlichen „Rückschlag des Pendels“, indem sie jenem Deutschen ganze 110 Rubel liessen, damit er nebst Frau nach Deutschland fahren könnte. Der Frau nahmen sie 150 Rubel ab. Dafür erkühnte sich der Anhänger der „Nep“ und des Rapallo-Vertrages, die plombierte Hose mitzunehmen. Es wird so viel plombiert heute in Moskau, dass es immer bis zur Exekution gute Weile hat, und so werden Tausende von Pelzmänteln in den Strassen Moskaus bis auf weiteres unter Hammer und Sichel getragen.

Viele Hunderte Deutscher, die sich nach 1921 eine kleine Existenz in Russland gründen wollten, haben das Sowjetreich in den letzten zwei Jahren unter ganz ähnlichen Umständen verlassen, wie der Mann mit der Plombe. Es kräht kein Hahn nach solchen Leuten. Sie haben es schneller als irgend jemand sonst gefühlt, welch tiefe Veränderungen in der Sowjetpolitik vor sich gehen, zurück nämlich, rapide zurück zum „Kriegskommunismus“ von 1918, 1919, 1920, der alles, was sich nicht kollektiv binden lässt, vor sich niedermähen will. Wir haben zwar ein Niederlassungsabkommen. Was ist es wert? Geht es den Russen besser als den Deutschen, die sich auf nichts als auf ihr Meistbegünstigungsrecht von Rapallo berufen können?

Den Russen geht es darum viel schlechter, weil sie nicht das Land verlassen dürfen. Und es lassen sich nicht alle die unzähligen Gründe aufführen, warum es ihnen da viel schlechter geht, als noch vor ein paar Monaten. Es sind nicht nur die steigenden Nahrungssorgen, die sogar die privilegierten Ausländer, Diplomaten, Journalisten, technischen Ratgeber in ungewohnte Probleme stürzen. Man denke nur an die „Versenkung“ des schon so gelichteten Bürgertums. Der bürgerliche Ingenieur muss verschwinden! Man ladet ihn ein, in Umkehrung der während der „Nep“ befolgten Politik, in die Kommunistische Partei einzutreten. Aber mit sechsjähriger Bewährungfrist, das heisst mit sechsjähriger endloser Plackerei und Sklaverei. Jetzt werden die freien Aerzte und Juristen „sozialisiert“! Mit demselben Effekt. Es ist wachsende Rechtsungewissheit, Rechtlosigkeit, zunehmende Gewalttätigkeit, die sich überall im Zeichen der rapiden und gradlinigen Sozialis-

KEIN ERGEBNIS!

Eine Erklärung der Demokraten. — Heute Entscheidung?

In den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien am gestrigen Sonnabend mittag haben die Vertreter der Demokraten entschieden erklärt, dass die demokratische Fraktion so lange dem Young-Plan nicht zustimmen könne, als eine andere grosse Regierungspartei — das Zentrum — offiziell ankündigt, dass sie sich der Stimme enthalten werde. Diese durch die Haltung des Zentrums bestimmte Erklärung der Demokraten führte zu lebhaften Auseinandersetzungen unter den Regierungsparteien, besonders zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum, über die aussenpolitische Seite der inneren Krisis. Die Besprechungen wurden schliesslich nach mehr als viereinviertelstündiger Dauer auf heute, Sonntag, nachmittag 4 Uhr, vertagt, besonders auch, weil die Demokraten und die Deutsche Volkspartei gestern nachmittag Sitzungen abhalten wollten, um ihre Fraktion von dem Verlauf der interfraktionellen Beratungen zu unterrichten. In der demokratischen Fraktionssitzung wurde die Haltung der Unterhändler und ihre in der interfraktionellen Besprechung abgegebene Erklärung gebilligt.

Ueber die einzelnen Differenzpunkte ist zu bemerken, dass die neuerdings erfolgte Ablehnung der Biersteuererhöhung durch die Bayerische Volkspartei wenigstens so lange bedenklich erscheint, als mit der Deutschen Volkspartei keine Einigung möglich ist, da die Anfechtung eines Objektes von 240 Millionen Mark den Finanzplan im ganzen erschüttern müsste. Der sozialdemokratische Widerstand gegen die Festlegung der Steuersenkung für das Jahr 1931 findet jetzt eine gewisse Unterstützung beim Zentrum und der Bayerischen Volkspartei, während umgekehrt der Deutschen Volkspartei die angekündigte Steuersenkung nicht weit genug geht; sie wünscht sie auch auf die Gewerbesteuer zu erstrecken. Alle Regierungsparteien, mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei, haben sich unzweideutig gegen die Aufhebung der Rückerstattung aus der Lohnsteuer ausgesprochen; die Deutsche Volkspartei hat noch keine bestimmte Erklärung hierzu abgegeben. Diese Partei hat auch Bedenken wegen der vorgeschlagenen Deckung des Defizits in der Arbeitslosenversicherung.

Alle diese Einzelheiten sind aber nicht der Kernpunkt.

Entscheidend ist die Frage, ob die Deutsche Volkspartei den Bruch will.

Ueber diese Frage, die im Hindergrund aller Erörterungen steht, muss endlich Klarheit geschaffen werden. Das ist die Aufgabe der schweren politischen Arbeit am heutigen Sonntag. In diesem Zusammenhang darf aber ein im eichstag verbreitetes Gerücht als unbegründet zurückgewiesen werden, das wissen wollte, der Reichskanzler habe schon jetzt erklärt, er werde noch am Sonntag im Falle des Scheiterns der Verhandlungen die Demission des Kabinetts aussprechen.

Die volksparteiliche Reichstagsfraktion hielt gestern nachmittag eine längere Besprechung ab. Nach der Fraktionssitzung wurde mitgeteilt, dass sich an der Haltung der Deutschen Volkspartei gegenüber dem Finanzplan der Regierung nichts geändert habe.

Kandidatur Luther im Vordergrund.

Wie wir hören, gewinnt die Wahl des früheren Reichskanzlers Dr. Luther zum Nachfolger des zurückgetretenen bisherigen Reichsbankpräsidenten Schacht immer grössere Wahrscheinlichkeit. In wirtschaftlichen wie in politischen Kreisen vertritt man die Auffassung, dass seine Ernennung die nach Lage der Dinge beste Lösung darstellen würde. Es bestätigt sich ferner, dass Dr. Luther auch als Kandidat der Reichsregierung zu betrachten ist. Wie weiter verlautet, hat im Laufe des gestrigen Tages der Hamburger Bankier Karl Melchior, der Mitinhaber des Bankhauses M. M. Warburg, eine an ihn gelangte Anfrage abschlägig beantwortet.

Wie wir aus Grossbankkreisen hören, ist man auch dort der Auffassung, dass die Kandidatur Dr. Luthers in vorderster Linie steht. Man glaubt, dass seine Wahl durchaus zu begrüssen wäre, weil er sowohl über genügende Autorität im In- und Auslande, unter anderem wegen seiner Mitarbeit an der Stabilisierung der Mark — als auch über wichtige Eigenschaften verfügt, die als Vorbedingung für einen neuen Reichsbankpräsidenten angesehen werden müssten. Durch seine langjährige Verwaltungspraxis und durch seine Tätigkeit im Realkreditgeschäft besitzt, wie mna meint, Dr. Luther Kenntnisse, die ihm bei der Leitung des Zentralnoten-Instituts sehr zugute kommen würden. Ausserdem glaubt man, dass er über eine charaktermässige Robustheit verfügt, an der es angesichts der Verhältnisse in Deutschland bei einem Reichsbankpräsidenten nicht mangeln darf.

Soweit das aus den Aeusserungen aus Bankkreisen feststellbar ist, scheint man der festen Ueberzeugung zu sein, dass die Mehrheit der Mitglieder des Generalrates ihre Stimme Dr. Luther geben würde, so dass an einem Erfolg seiner Kandidatur, falls er selbst ihr zustimmt, kaum Zweifel bestehen.